

Die Schweiz und die Fifa Bis zum bitteren Ende



Stefan Barmettler
Autor

Das Schicksal hat es gut gemeint mit Gianni Infantino. Nur durch Zufall ist der Italo-Schweizer zum König des Weltfußballs aufgestiegen. Sein damaliger Chef, Uefa-Präsident Michel Platini, wurde kurz vor der Wahl zum Fifa-Präsidenten vom eigenen Verband fallen gelassen; in der Not lancierten die Europäer Infantino als Ersatzkandidaten. Das war 2016, seither thront er im «Home of Fifa» über den Dächern von Zürich.

Wie lange es der Weltfußballverband dort noch aushält, ist offen, denn mit der geplanten Statutenänderung wird Zürich als Sitz der Fifa gestrichen. Künftig soll der Kongress, das Gremium der 211 Nationalverbände, über das Domizil bestimmen. Das eröffnet der Föderation die Option, ihren Rechtssitz nach Brüssel, Beijing oder Bangkok zu verschieben.

Es wäre ein immenser Verlust für Zürich und die Schweiz. Nicht primär wegen des Steuersubstrats von 20 Millionen Franken, das der Fußballverband alljährlich dem Fiskus abliefern. Es ist vielmehr die globale Ausstrahlung. Die Fifa gilt – ausserhalb der Schweiz und Deutschland – als honorarige Institution und Fifa-Präsident Infantino als wichtiger Eventmanager, dem man gerne hofiert. Wie stark die Attraktion der Fifa ist, zeigt ihr Hauptprodukt Fifa World Cup; die Weltmeisterschaft ist so gefragt wie nie zuvor in der über hundertjährigen Geschichte. Die nächste Fussball-WM in Amerika im Jahr 2026 – in Mexiko, USA und Kanada – wird zum Sportevent der Superlative. 11 Milliarden Dollar wird der Wettbewerb einbringen, auch dank Sponsoren wie Adidas, Coca-Cola, Hyundai oder Visa. Sie sorgen für eine Umsatzverdoppelung zur WM in Katar. Und auch die neuen Angebote im Portfolio haben eine immense Strahlkraft. Bei der Club-WM 2025, von Infantino ausgeheckt, will die Tech-Firma Apple vorne dabei sein und bietet 4 Milliarden Dollar, um die Spiele über ihren Streamingdienst Apple+ weltweit auszuspielen zu dürfen. Offenkundig ist: Das Fifa-Angebot fasziniert – weltweit.

Nicht so am Domizil Schweiz. Da hagelt es seit Jahrzehnten nur Kritik. Einige Einwände sind berechtigt, die meisten überzogen oder schlicht falsch. So wird bemängelt, dass die WM 2022 an einen Staat wie Katar vergeben wurde. Allerdings anerkennt heute selbst die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), dass das Fussballfest im Wüstensand dank dem Einfluss der Fifa und ihres Präsidenten die Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter aus Nepal, Indien oder Bangladesch verbessert hat. Gut möglich, dass die WM 2034 am Ende an Saudi-Arabien vergeben wird – und dort einen ähnlichen Modernisierungsschub auslösen könnte. Doch statt den Fortschritten bei Compliance, Transparenz oder bei den globalen Entwicklungsprogrammen der Fifa Rechnung zu tragen, wird gelästert. Bis der Kongress der nationalen Fussballverbände zum Rückzug bläst und die griesgrämige Schweiz hinter sich lässt.

DIALOG

Handelszeitung online 2.5.2024
«Der UBS-Aktienrückkauf bedeutet mehr Staatsgarantie»
Die Arroganz grosser Banken (hauptsächlich der UBS, aber auch einiger Kantonalbanken) gegenüber dem Staat ist alarmierend, denn sie zeigt dem Staat, wer die Macht hat. Das Staatsregelwerk funktioniert rapide immer schlechter. Diese Entwicklung ist bedenklich.
P. Steinemann

Interessant wird auch sein, wie sich Karin Keller-Sutter aus dieser Schraubstocksituation herauswinden wird. Ihre eigene

Partei, die FDP, die man getrost als Bankenturbo bezeichnen darf, wird alle Lobbyingregister ziehen, um es ihren Freunden bei den Banken recht zu machen und jegliche Risiken möglichst beim Steuerzahler zu belassen.
HZ-Benutzername: Salvi

Handelszeitung online 2.5.2024
«Vor allem Junge und Städter nutzen das Flugzeug»
Einkommensschwache bleiben wohl eher zu Hause und unternehmen mit dem Auto Tagesausflüge. Ferien in Schweizer Regionen sind grundsätzlich

immer noch sehr viel teurer als Ferien im Ausland.
HZ-Benutzername: Forbes

Handelszeitung online 7.5.2024
«So schwer tun sich die Corona-Gewinner heute»
Interessanter Bericht, auch der Kommentar mit den «Übergewinnen». Leider gibt es viel zu wenig Verständnis in der Gesellschaft dafür, wie forschungintensiv die Life-Sciences-Branche ist.
HZ-Benutzername: M. Schoeni

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch **Twitter:** twitter.com/handelszeitung **Facebook:** facebook.com/handelszeitung **Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel

Personenfreizügigkeit

Totengräber der Schuldenbremse

Nach der 13. AHV drohen nun höhere Krankenkassenprämiensubventionen. Beide Projekte fordern sehr viel Geld für Minderheiten auf Kosten der Allgemeinheit, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern. Neu am Finanz-Harakiri ist nicht, dass es linke Parteien lieben, sondern dass es Volksmehrheiten findet. Weshalb das?

Oft wird argumentiert, aufgrund der enormen Ausgaben und Garantien während der Pandemie und wegen der Bankabstürze meinten die Bürgerinnen und Bürger, Geld sei im Überfluss vorhanden. Das sehe ich anders. Die Bürger und Bürgerinnen sind nicht naiv und sie wissen, dass die Ressourcen knapp sind. Deshalb müssten sie jetzt eigentlich sagen: «Stopp – nach der Ausgabenwut ist Sparen angesagt.»

Weshalb tun sie das nicht? Meine Antwort ist folgende: Wir leben im Neosozialismus; da ist Geldgier nur rational. Die Ursache dafür ist die Personenfreizügigkeit. Die Personenfreizügigkeit zwischen einem kleinen Land mit hohem Wohlstand und einer grossen Region mit tieferem Wohlstand hebt die Eigentumsrechte der Bürger und Bürgerinnen des kleinen Landes am Wohlstand ihres Landes auf, weil dann die Bürger und Bürgerinnen der grossen Region gratis am Wohlstand des kleinen Landes partizipieren können. Die Aufhebung der Eigentumsrechte ist Neosozialismus. Bei Personenfreizügigkeit geht die Wanderung systematisch in Richtung der reichen Länder und bringt dort Füllungseffekte – Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen – und so eine Angleichung der Lebensqualität im Raum mit Personenfreizügigkeit.



Reiner Eichenberger
Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

«Neu am Finanz-Harakiri ist, dass es Volksmehrheiten findet.»

Die Folgen sind dramatisch. Für die Bürgerinnen und Bürger lohnt sich gute, auf eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt ausgelegte Politik nicht mehr. Vielmehr ist es für sie nur vernünftig, die noch vorhandenen Mittel möglichst schnell für sich zu beanspruchen.

Am besten geht das nicht über steuer-, sondern über schuldenfinanzierte Staatsausgaben. Dadurch werden die Kosten den zukünftigen Generationen aufgebürdet, und das sind «dank» Personenfreizügigkeit ja zu einem grossen Teil Zugewanderte. Die eigenen geliebten Kinder belastet es nicht. Denn der Staatsplünderer geht ja so: Nimm jetzt, so viel Du kannst, und gebe es deinen eigenen Kindern. Oder anders gesagt: Der Schweizer Staatssektor hat heute zwar Bruttoschulden von rund 200 Milliarden Franken, aber bei Berücksichtigung der (sehr konservativ bewerteten) Vermögenswerte ein Nettovermögen von 300 Milliarden Franken. Nun versuchen die Bürgerinnen und Bürger, sich dieses Vermögen möglichst selbst auszuschütten, statt es mit Zugewanderten zu teilen.

Sobald sich einzelne Gruppen Staatsvermögen aneignen können, wird es für weitere Gruppen rational, das Gleiche zu tun. Andernfalls lassen sie nur mehr übrig für die anderen Gierigen. So entstehen eigentliche «Rattenrennen» ums Staatsvermögen. Letzteres wurde bisher durch die Schuldenbremse geschützt, die nun aber viele schleifen wollen. Weshalb? Es ist wieder das Gleiche: Weil die Personenfreizügigkeit den Bürgern und Bürgerinnen die Eigentumsrechte am langfristigen Wohlstand ihres Landes nimmt, wollen sie sich jetzt dessen Vermögen aneignen. Daran hindert sie die Schuldenbremse, deshalb soll diese weg. Gesehen sind die bedingungslosen Befürworter der Personenfreizügigkeit auch die Totengräberinnen und Totengräber der Schuldenbremse.

Reiner Eichenberger ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung». Die in den Kolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.

Comeback von Gamestop & Co.

Hände weg von Meme-Aktien

Jetzt geht es wieder los mit den verrückten Kurskapriolen bei den sogenannten Meme-Stocks. Das sind Aktien von Firmen, die aus irgendwelchen Gründen in den sozialen Medien Kultstatus geniessen. Zum Beispiel Gamestop, die serbelnde Computergames-Ladenkette, oder der Kinobetreiber AMC Entertainment, der auch schon bessere Zeiten erlebt hat. Nachdem sich ein einflussreicher «Finfluencer» nach längerer Absenz mit einer für Eingeweihte eindeutigen Botschaft gemeldet hat, geht bei den Meme-Stocks wieder die Post ab.

Vor drei Jahren löste ein Hype auf den sozialen Netzwerken schon einmal ein Massenphänomen aus, wodurch totgeglaubte Aktien in die Höhe schossen. Doch wer nun auf die Idee kommt, dass sich an der Neuauflage der Meme-Stock-Party einfach und schnell Geld verdienen lassen könnte, sei gewarnt. Erstens ist diese Party viel kleiner, und deshalb werden Kurse nicht mehr so stark und lange steigen wie 2021. Die Bedingungen sind komplett anders: Damals war Börsenspekulation in den USA zum Volkssport geworden. Dafür sorgten der Extra-Covid-Batzen der Regierung,

niedrige Zinsen, Homeoffice und die Einschränkungen bei Sportwetten. Sprich: Die Leute hatten Zeit und Geld für solche Spielchen. Unterdessen aber sind in den USA die Extraersparnisse aus der Pandemie aufgebraucht. Wer dennoch etwas auf der hohen Kante hat, kann auf dem Sparkonto ohne Risiko 5 Prozent Zinsen bekommen.

Zweitens ist die Manie für die breite Masse auch dieses Mal ein riskantes Glücksspiel mit einem Erwartungswert unter null. Die Einzigen, die sich an der Massenbewegung bereichern, sind die In-

fluencer selbst, ein paar Hedgefonds mit den grössten Rechnern und Algo-Trader mit der schnellsten Verbindung zur Börse. Deshalb ist auch das propagierte Motiv, dem Finanzestablishment in der Manier eines Robin Hoods eins auszuweisen zu wollen, völliger Unsinn. Klar tut ein plötzlicher Kursanstieg jenen Hedgefonds weh, die mit Leerverkäufen auf fallende Kurse gesetzt haben. Aber zu glauben, die etablierten grossen Player seien in der Summe die Gelackmeierten, ist schon sehr naiv. Für jeden Short-Seller gibt es mindestens auch einen Trendfolgespezialisten, der die Bewegungen mit mehr Man- und Rechenpower als all die Laien zu seinen Gunsten auszunutzen weiss. Und selbst wer mit der hehren Absicht zockt, mit dem Aktienkauf zur Rettung der maroden Firmen beizutragen, wird enttäuscht werden. Zwar nutzen solche Krisenfirmen die nach oben gepumpten Kurse, um zu attraktiven Bedingungen neue Aktien auszugeben. Der Fall des überschuldeten stationären Möbelhändlers Bed Bath & Beyond – auch so ein Meme-Stock – zeigt aber, dass bei einem veralteten Geschäftsmodell die Insolvenz mit etwas mehr Kapital nicht so einfach abgewendet werden kann.



Peter Rohner
Chefökonom

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung» Ringier AG, Ringier Medien Schweiz Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 80 E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch, www.handelszeitung.ch
Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 20 E-Mail: verlag@handelszeitung.ch
Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, Brühlstrasse 5, 4800 Zofingen
Geschäftsleitung Ladina Heimgartner
Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)
Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)
Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knüpfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohner (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar) – Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Allg (Co-Leitung/al)

Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)
Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair
Channel-Management Dominic Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffiner (rul)
Social-Media-Redaktion Lukas Borner

Ständige Mitarbeitende Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (glb), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts)
Sekretariat Denise Alt
Layout Julie Body (Creative Director/Leitung), Mario Imondi (stv. AD), Sarina Joos, Tessa Ruppert (Infografik), Marco Müller, Michael Müller, Bernadette Schenker
Bildredaktion Fotodesk RMS, Hanna Jaray
Korrektur Susanne Scherrer (Leitung), Cordula Hawes-Bilger (stv. Leitung), Sonja Brunschweiler, Carsten Stütz, Karin Büchler

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, DeinDeal AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Mediendatenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds Company Limited (Vietnam), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)

Vermarktung Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich, Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00; mediaserviceprint@ringier.ch Anzeigenpreise und AGB: www.ringier-advertising.ch Managing Director: Thomas Passen Director Sales: Luca Schena Head of Sales: Annick Cochard, Thierry Hansen Director Media Services Print & Digital: Sarah Näf Teamlead Media Service Print: Ruth Gmür Head of Media Service Digital & AdOperations: Sabrina Miccoli Abonnemente: 1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.), 1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto); Halbjahres-Abo Schweiz: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.), Halbjahres-Abo Europa: Fr. 207.50 (inkl. Porto) Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50; Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/ 50 Ausgaben.
Kundenservice Telefon: 058 269 25 05, kundenservice@handelszeitung.ch
Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG Wemf-Auflage: 31969